



**Staatsanwaltschaft des Kantons Basel-Stadt**

# **Jahresbericht 2019**

## Inhalt

Einleitende Bemerkungen	3
Organigramm	4
Die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt	5
Kriminalpolizei	7
Allgemeine Abteilung	10
Abteilung Wirtschaftsdelikte	14
Strafbefehlsabteilung	16
Jugendanwaltschaft	18
Stab und Führungsunterstützung	20
Allgemeine Statistiken	25

## Einleitende Bemerkungen

Die Staatsanwaltschaft nutzte – wie auch in den vergangenen Jahren – im Rahmen der Budgetvorgaben die Möglichkeit, um mit der befristeten Anstellung von juristischem und administrativem Personal auf die hohe Fallbelastung in allen Abteilungen zu reagieren. Gleichzeitig nimmt die Leitung der Staatsanwaltschaft die Führungsaufgabe wahr, die Organisation und Abläufe permanent zu überprüfen, wo nötig zu optimieren und der Rechtsprechung des Appellationsgerichts und Bundesgerichts anzupassen.

Das Parlament hat auf Antrag des Regierungsrats im Dezember 2019 die dringend benötigte Personalaufstockung bewilligt. Längerfristig sollen die Pendenzen in allen Abteilungen mit einer weiteren Erhöhung des Headcounts nachhaltig abgebaut werden. In einem ersten Schritt streben wir das Brechen des Aufwärtstrends in der Abteilung Wirtschaftsdelikte und das Beibehalten des Pendenzenstands bei der Kriminalpolizei an. Der erhoffte Effekt dürfte im Verlauf des Jahres 2021 eintreten, weil mit den ersten Anstellungen erst im zweiten Quartal 2020 zu rechnen ist und die Einarbeitung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Zeit in Anspruch nehmen wird.

Auch die Schaffung des Dezernates «Digitale Kriminalität» ist ein wichtiger Meilenstein, um bei der Bekämpfung dieser Kriminalitätsform Schritt zu halten. Ohnehin wird die Digitalisierung uns auch im Jahr 2020 intensiv beschäftigen. Ein ganz besonderes Augenmerk gilt dem Abschluss der Implementierung von JURIS5, wobei wir massgeblich auf das Engagement der Lieferantenfirma angewiesen sind. Weitere substantielle Fortschritte sind zudem bei der medienbruchfreien Zusammenarbeit mit den Gerichten, mit dem Straf- und Massnahmenvollzug sowie mit

der Kantonspolizei geplant.

Die Revision der Schweizerischen Strafprozessordnung geht in die entscheidende Phase. Einige sehr wichtige Anliegen der Strafverfolgungsbehörden konnten im vorgelegten Gesetzesentwurf noch eingebracht werden, andere fanden

leider keine Aufnahme. Die Staatsanwaltschaften werden zusammen mit der Schweizerischen Staatsanwälte-Konferenz (SSK) darauf hinwirken, dass das Prozessrecht von Formalismen entschlackt und insbesondere der materiellen Wahrheitsfindung mehr Gewicht verliehen wird.

Noch vor Drucklegung dieses Jahresberichts hat der Bundesrat die «ausserordentliche Lage» erklärt und verschärfte Massnahmen zur Bekämpfung des Corona-Virus angeordnet. Die seit dem 16. März 2020 herrschende Situation macht sich auch in der Strafverfolgung deutlich spürbar und stellt uns vor sehr grosse Herausforderungen, um den Schutz der Mitarbeitenden in der täglichen Arbeit und die Grundversorgung der Strafverfolgung zu gewährleisten.

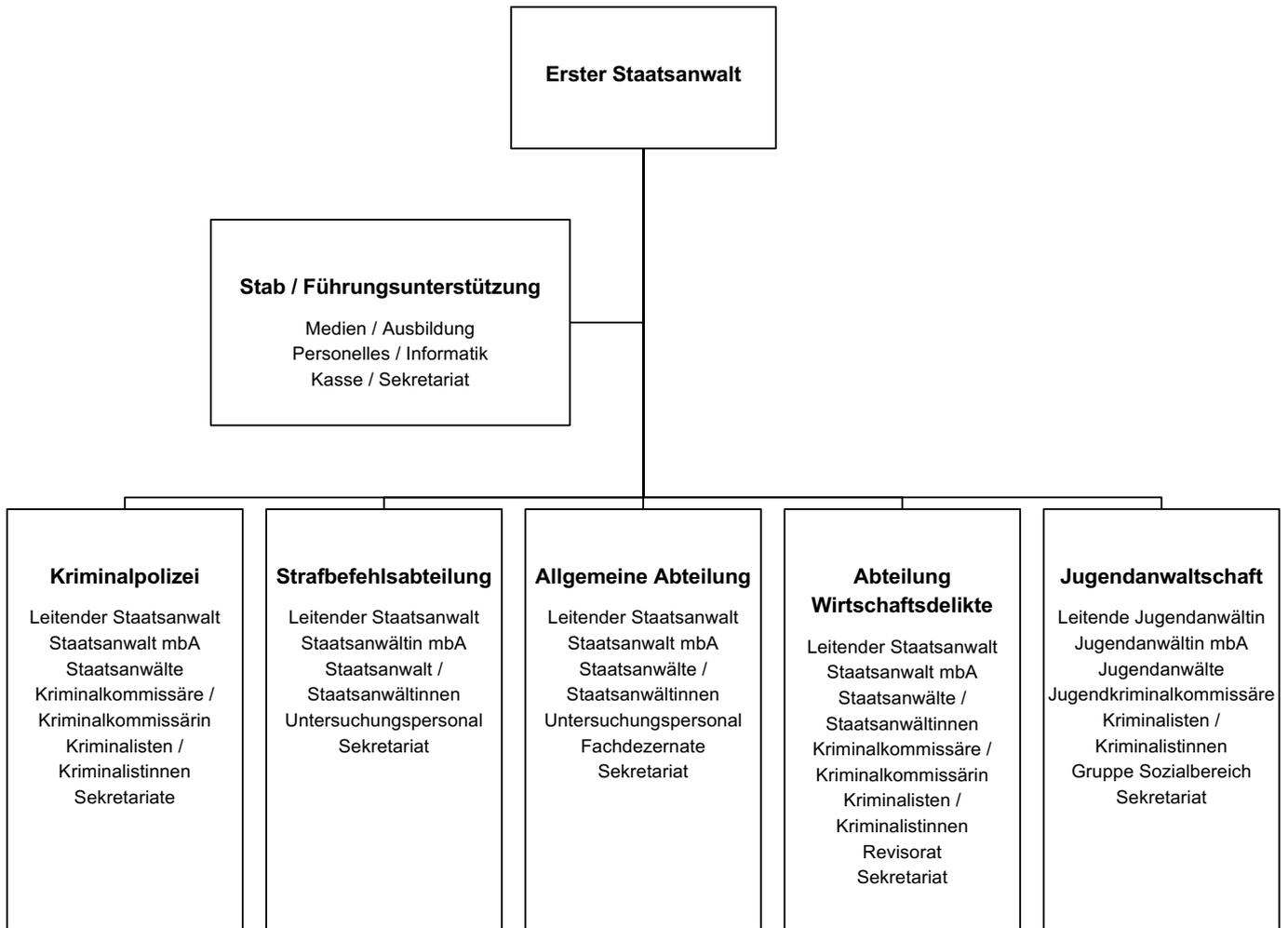
Es bleibt sehr zu hoffen, dass sich die Lage in absehbarer Zeit wieder entspannt und eine baldige Rückkehr zu einem weitgehend normalen Alltag erneut möglich sein wird.



*Alberto Fabbri*

lic. iur. Alberto Fabbri  
Erster Staatsanwalt des Kantons Basel-Stadt

# Organigramm



## Die Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Die Staatsanwaltschaft führt Strafverfahren bei Verbrechen, Vergehen und Übertretungen. Sie erhebt und vertritt die Anklage, erlässt Strafbefehle und weitere Abschlussverfügungen wie Sistierung, Einstellung, Abtretung oder Nichtanhandnahme. Zudem leistet sie internationale sowie nationale Rechtshilfe in Strafsachen. Der Gesamtratsrat übt die administrative Aufsicht über die Staatsanwaltschaft aus. Sie ist administrativ dem Justiz- und Sicherheitsdepartement zugeordnet und wird vom Ersten Staatsanwalt geleitet.

Anzeigen werden von der **Kriminalpolizei** entgegengenommen. Sie leitet die Strafverfolgung ein und ergreift erste Massnahmen, wie etwa die Feststellung des Tatbestandes, die Sicherung von Beweismitteln oder die Fahndung nach flüchtigen Verdächtigen. Ferner schliesst sie auch Vorverfahren mittels Nichtanhandnahme, Einstellung oder Strafbefehl ab.

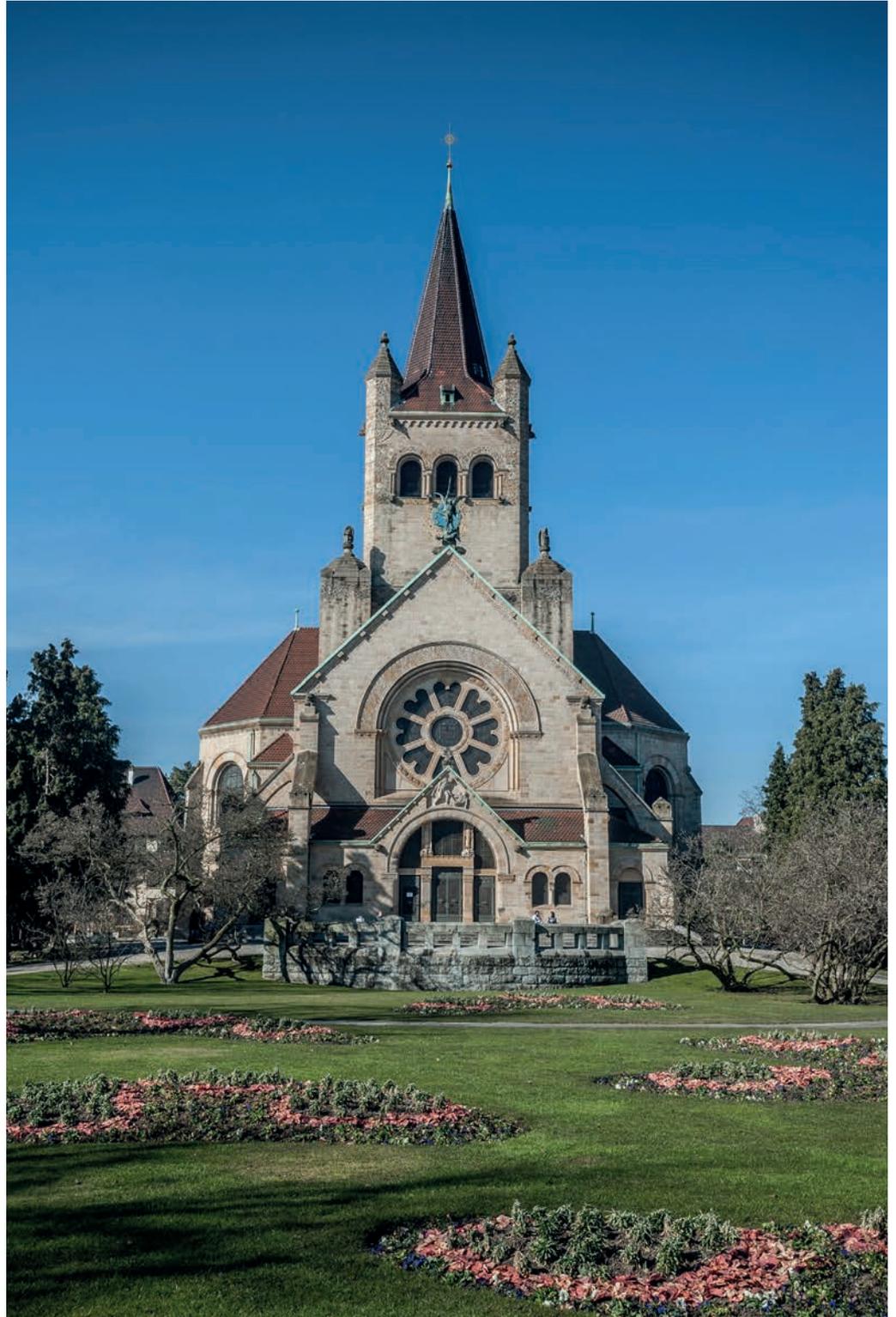
Die **Allgemeine Abteilung** der Staatsanwaltschaft ergänzt den Ablauf einer Strafuntersuchung durch weitere Untersuchungen und Einvernahmen oder holt je nach Situation die notwendigen Gutachten ein. Sie schliesst das Verfahren durch Anklageerhebung oder Erlass eines Strafbefehls ab oder stellt es ein.

Untersuchungsverfahren zu Delikten, die sich im wirtschaftlichen Bereich abspielen, werden von der Abteilung **Wirtschaftsdelikte** übernommen. Die Verfahren werden in der Regel von der Anzeige bis zum Abschluss bearbeitet. Der Abteilung steht auch ein Revisorat zur Verfügung.

Die **Strafbefehlsabteilung** nimmt die Aufgaben der Verfahrensleitung wahr gegenüber der Kantonspolizei sowie verschiedenen Verwaltungsbehörden im Kanton Basel-Stadt und schliesst deren Ermittlungen mittels Erlass eines Strafbefehls, Anklageerhebung oder Einstellung des Verfahrens ab.

Die Aufgabe der **Jugendanwaltschaft** liegt darin, die Verfahren gegen Unmündige zu führen und auch die Sanktionen zu vollziehen. Ausserdem befragt die Jugendanwaltschaft im Auftrag der Staatsanwaltschaft oder der auswärtigen Stellen alle minderjährigen Tatzeugen, insbesondere auch Opfer von Sexual- und Gewaltdelikten.

Der **Stab** und zugleich die **Führungsunterstützung** des Ersten Staatsanwalts ist verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit, die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden, das Personal- und Rechnungswesen, die Logistik sowie den gesamten Informatik-Support, inklusive IT-Ermittlung.



Die Pauluskirche im  
Bachlettenquartier.

## Kriminalpolizei

**Die Kriminalpolizei bekämpfte auch 2019 die drei im gesellschaftlichen Fokus stehenden Deliktsfelder Gewaltstraftaten, Einbruchdiebstahl und Menschenhandel. Die Tendenz, dass die Erledigung von Anzeigen nicht parallel mit deren Eingang verläuft, setzt sich fort.**

Die Kriminalpolizei richtete sich auch im Jahr 2019 nach den vom Regierungsrat festgelegten Schwerpunkten zur Kriminalitätsbekämpfung und Strafverfolgung. So wurden gezielt die drei im gesellschaftlichen Fokus stehenden Deliktsfelder Gewaltstraftaten, Einbruchdiebstahl und Menschenhandel bekämpft. Zu diesem Zweck wurde bereits 2017 die für die Bekämpfung des Menschenhandels spezialisierte Fachgruppe der Kriminalpolizei mit zwei Ermittlern verstärkt. Da weiterhin keine zusätzlichen Ressourcen zur Verfügung standen, erfolgte dies zu Lasten anderer Fachgruppen, die jedoch ebenfalls stark belastet sind.

### Formelle Verfahrenerschwernisse

Die seit der Einführung der schweizerischen Strafprozessordnung im Jahr 2011 festzustellende Tendenz, dass die Erledigung von Anzeigen nicht parallel mit deren Eingang verläuft, setzt sich fort. Auch die formellen Verfahrenerschwernisse und der damit einhergehende Zusatzaufwand verschärfen sich weiter. Dies zeigt sich beispielsweise daran, dass aufgrund der neueren bundesgerichtlichen Rechtsprechung die Polizei in jedem Fall, in dem sie eine zur Kontrolle der Fahrfähigkeit nötige Blutprobe anordnen möchte, zwingend vorgängig den Pikett-Staatsanwalt anrufen muss. Dies ist bereits aus prozessökonomischen Gründen sinnlos, da die Staatsanwaltschaft aufgrund der bundesrecht-

lichen Vorgaben grundsätzlich keinerlei Ermessen hat. Ausserdem haben die von den Gerichten immer wieder geforderten Videokonfrontationen zur Beweiskraftsicherung von Zeugenaussagen den personellen und logistischen Aufwand in diesem Bereich mindestens verdoppelt.

### Zum Jahresende 5'532 Verfahren hängig

Die Gesamtheit all dieser Formalitäten verzögert die Verfahrenserledigung signifikant und die Verfahrenslösungen sind weiter gezwungen, minder prioritäre Fälle in erheblichen Mengen zurückzustellen. So waren denn zum Jahresende 2019 erneut 5'532 (2018: 5'980) Verfahren hängig. Die gegenüber dem Vorjahr erfreuliche Abnahme um rund 7 Prozent konnte insbesondere erzielt werden, weil im Berichtsjahr keine Sonderkommissionen eingesetzt werden mussten. Zudem wurden Fälle ohne hinreichende Ermittlungsansätze weiterhin konsequent geprüft und rasch, aber mit entsprechendem Zusatzaufwand erledigt. Damit konnten die Pendenzen zwar leicht reduziert werden, jedoch stellt dies keine nachhaltige Lösung des strukturellen Problems dar. Denn die Steigerungsrate beträgt seit Ende 2010 (3'882) immer noch 43 Prozent – und dies, obschon sich die Kriminalitätsbelastung seit 2014 nicht wesentlich verändert hat.

Aufgrund überdurchschnittlich vieler Pensionierungen konnten 2019 nicht alle Stellen nahtlos wiederbesetzt werden. Es resultierten am Ende des Jahres 4,7 Vakanzen beim kriminalistischen Personal.

### Insgesamt 852 Strafbefehle

Um die Anordnung von Untersuchungshaft zu vermeiden, haben die Staatsanwälte der Kriminalpoli-

### Entwicklung ausgewählter Straftaten Basel-Stadt

	2015	2016	2017	2018	2019
<b>Leib und Leben</b>	<b>1'506</b>	<b>1'410</b>	<b>1'436</b>	<b>1'396</b>	<b>1'383</b>
<b>Sexualdelikte</b>	<b>272</b>	<b>393</b>	<b>277</b>	<b>277</b>	<b>292</b>
<b>Vermögen</b>	<b>14'929</b>	<b>14'838</b>	<b>15'093</b>	<b>14'542</b>	<b>14'849</b>
- Einbruch	1'358	1'339	1'372	1'024	955
- Raub	104	124	83	88	88
- Entreisssdiebstahl	32	31	26	24	18
- Taschendiebstahl	807	613	554	452	488

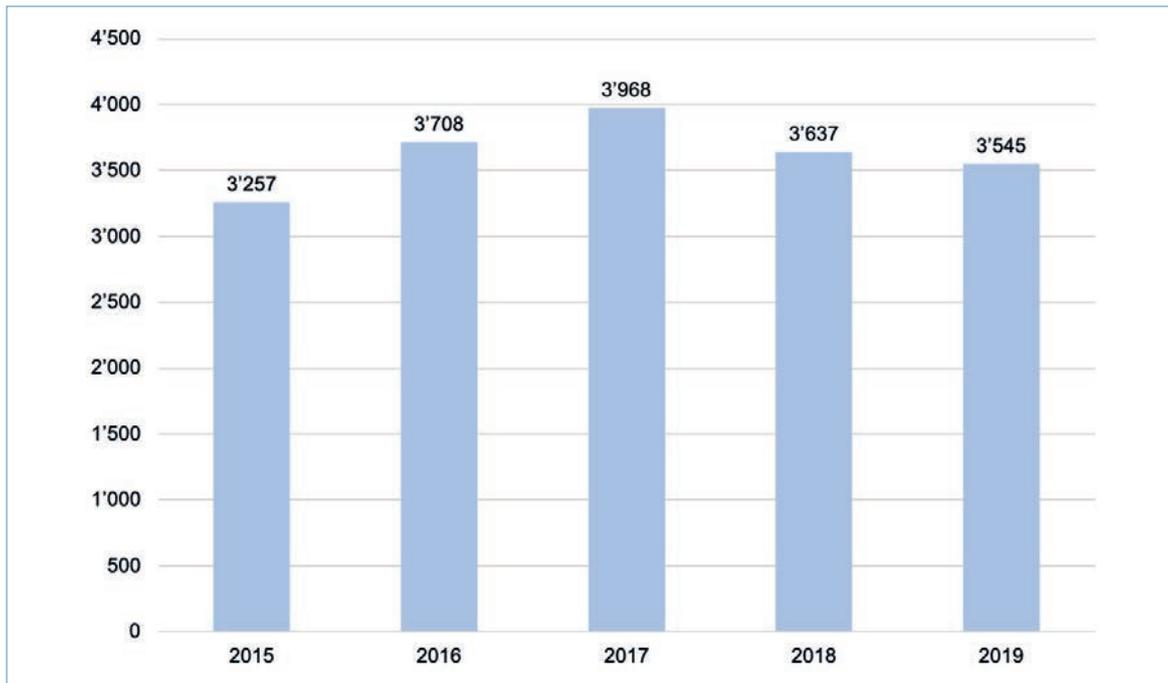
zei auch im Berichtsjahr vor allem im Rahmen des Pikettdienstes bei festgenommener Täterschaft mit unklarem Aufenthaltsstatus und damit bestehender Fluchtgefahr, aber bewiesener und/oder zugegebener Tat während 365 Tagen 451 (2018: 503) Fälle innerhalb von 48 Stunden erledigt und den Beschuldigten vor der Entlassung aus dem Polizeigewahrsam einen Strafbefehl ausgehändigt. Damit wurde und wird vor allem bei Kriminaltouristen das Zeichen gesetzt, dass Delinquenz in Basel-Stadt unmittelbar Folgen hat. Insgesamt erliess die Kripo 852 (2018: 996) Strafbefehle.

### Betäubungsmittelkriminalität

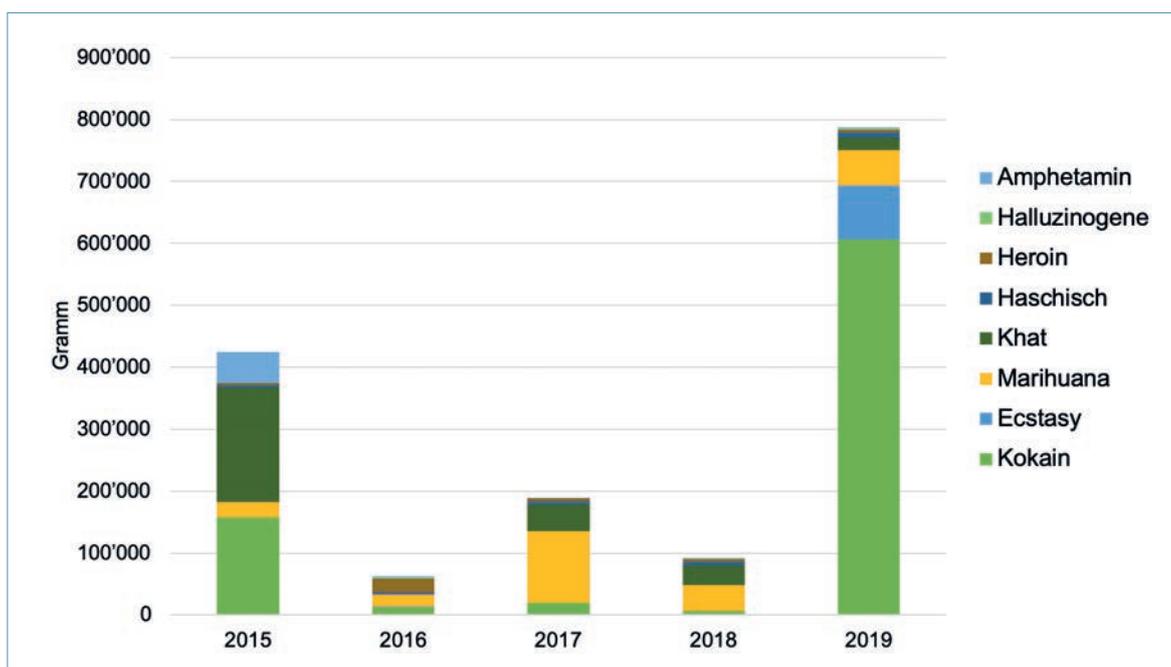
Das Fallaufkommen im Bereich der Betäubungsmittelkriminalität ist mit 3'545 Fällen gegenüber dem Vorjahr (2018: 3'637) nur marginal gesunken und liegt im normalen Schwankungsbereich. Besorgniserregend erweist sich derzeit die Tatsache, dass auf dem hiesigen illegalen Drogenmarkt vermehrt Methamphetamin in Form des sogenannten «Crystal Meth» vertrieben wird und trotz bekannter negativer Gesundheitsfolgen einen wachsenden Konsumentenkreis zu finden scheint. Ganz allgemein zeigte sich auch im vergangenen Jahr, dass der seit längerer Zeit bestehende Trend – weg von sedierenden und hin zu stimulierenden bzw. aufputschenden Drogen – weiterhin anhält. Mit der Sicherstellung von 600 Kilogramm Kokain im Mai 2019 und der Verhaftung von drei Mitgliedern einer international operierenden Drogenhändlerorganisation gelang dem Betäubungsmittel-Dezernat der bislang grösste Schlag gegen das organisierte Verbrechen im Betäubungsmittelbereich.

«Dem Betäubungsmittel-Dezernat gelang der bislang grösste Schlag gegen das organisierte Verbrechen im Betäubungsmittelbereich.»

### Total Delikte Betäubungsmittel



### Beschlagnahmte Betäubungsmittel



## Allgemeine Abteilung

**2019 blieb die Anzahl an Verfahren mit in Untersuchungshaft befindlichen Beschuldigten im Vergleich zum Vorjahr praktisch unverändert. Bei den übrigen mit Anklage erledigten Verfahren ist ein leichter Rückgang zu verzeichnen.**

Die Allgemeine Abteilung hat sich im Jahr 2019 hinsichtlich der Anzahl der erledigten Verfahren und der persönlichen Vertretung der Anklage im Bereich der Vorjahre bewegt. So wurden 223 (2018: 247) ordentliche Anklageschriften (d.h. ohne nach Einsprache überwiesene Strafbefehle) an das Strafgericht überwiesen. Während dabei die Anzahl an Verfahren mit in Untersuchungshaft befindlichen beschuldigten Personen mit 123 praktisch unverändert daherkommt (2018: 125), ist bei den übrigen mit Anklage erledigten Verfahren ein leichter Rückgang zu verzeichnen. Dieser ist vor allem darauf zurückzuführen, dass im vergangenen Jahr unter sämtlichen mit Anklage überwiesenen Verfahren die Anzahl an äusserst umfangreichen und gegen mehrere Mitbeschuldigte geführten Verfahren noch einmal zugenommen hat. Insbesondere in solchen Verfahren hat sich auch der Aufwand für die Abteilung erhöht, weil ein Anstieg an teilnahmeberechtigten Einvernahmen und Konfrontationseinvernahmen zu verzeichnen ist.

Der erwähnte leichte Rückgang an angeklagten Verfahren ist darüber hinaus auch dem Umstand geschuldet, dass in bereits aufwändigen und komplexen (Haft-)Verfahren immer wieder Beschwerden gegen Verfügungen der Verfahrensleitungen

und des Zwangsmassnahmengerichts an das Appellationsgericht angehoben werden. Somit können nicht nur viele Verfahren nicht beschleunigt abgeschlossen werden, sondern auch die einzelnen Fälle erfordern durch zahlreiche Stellungnahmen eine viel aufwändigere Bearbeitung.

### **Die Allgemeine Abteilung erliess 1'027 Strafbefehle**

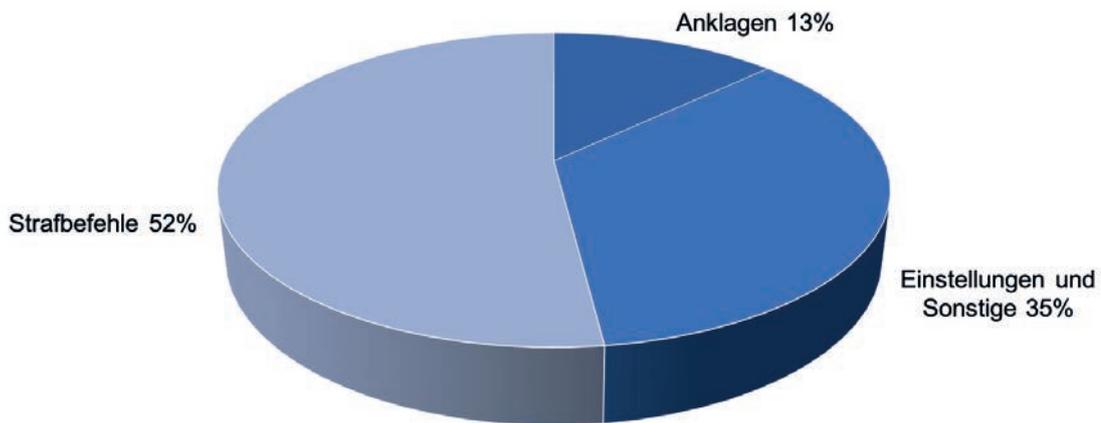
In der Mehrheit der von der Allgemeinen Abteilung an das Strafgericht überwiesenen Fälle ist die Anklage auf Grund der strafprozessualen Bestimmungen persönlich zu vertreten. Deshalb machte auch die jeweilige Teilnahme an Haupt- und Berufungsverhandlungen einmal mehr einen wesentlichen Teil der Kerntätigkeit der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte aus. Sie nahmen im vergangenen Jahr an 186 Haupt- und Berufungsverhandlungen des Straf- und des Appellationsgerichts (2018: 185) an 175,5 Arbeitstagen (2018: 187,5) teil. Nebst den erwähnten angeklagten Verfahren erliess die Allgemeine Abteilung zudem 1'027 Strafbefehle (2018: 1'010) und verfügte 656 (Teil-)Einstellungen, Nichtanhandnahmen und Abtretungen (2018: 701). In personeller Hinsicht verzeichnete die Allgemeine Abteilung im Jahr 2019 den Weggang einer Staatsanwältin, den Zugang zweier befristet angestellten Staatsanwälte (140 Stellenprozente) und die vorerst befristete Anstellung einer akademischen Mitarbeiterin.

### **Neuausrichtung des Dezernats Sexualdelikte**

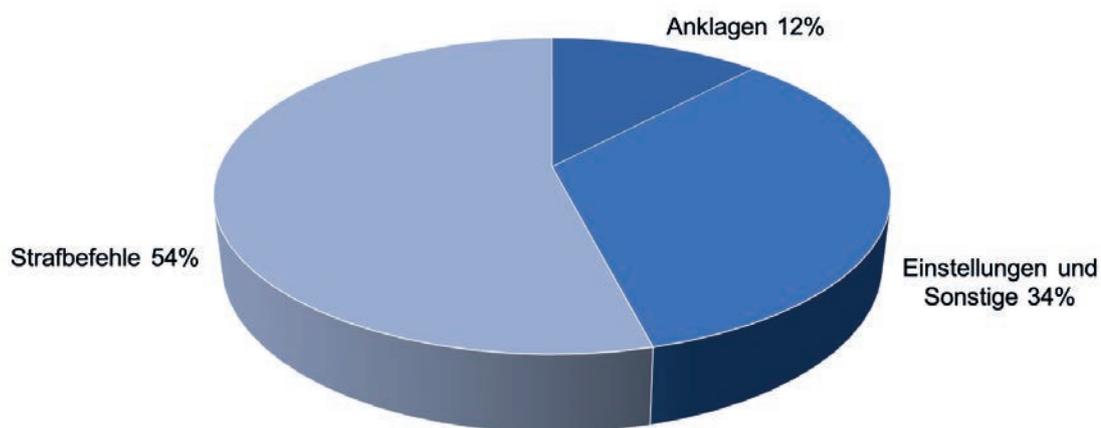
Die Allgemeine Abteilung nutzte den Wechsel der bisherigen Leiterin des Dezernats Sexualdelikte zur

«Aufträge der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte können in «Nicht-Haftfällen» des Öfteren nicht mehr in der dem Beschleunigungsgebot entsprechenden Zeit bewältigt werden.»

**Fallerledigung 2018**



**Fallerledigung 2019**



Standortbestimmung und Neuausrichtung dieses Dezernats. Weil die im Dezernat Sexualdelikte bearbeiteten Verfahren allein schon wegen der grossen Menge seit einigen Jahren nicht mehr nur von einer Staatsanwältin geführt werden können und wegen der Komplexität eine weitere Spezialisierung bezüglich der verschiedenen Untergebiete angezeigt ist, ist das Dezernat im Rahmen der Überprüfung per Ende 2019 neu in die drei Fachbereiche «Sexualdelikte im engeren Sinn», «häusliche Gewalt» und «Menschenhandel» unterteilt worden. Während die neue Dezernatsleiterin auch den Fachbereich «Sexualdelikte im engeren Sinn» leitet, haben zusätzlich je eine weitere Staatsanwältin die Bereiche «häusliche Gewalt» und «Menschenhandel» als fachliche Leiterin und zuständige Ansprechperson übernommen.

Mit dieser Neuausrichtung und der konkret getroffenen personellen Besetzung der Dezernatsleitung und der Leitung der Fachbereiche kann die Allgemeine Abteilung der Wichtigkeit dieser drei Bereiche und unter anderem der erneuten Schwerpunktsetzung des Regierungsrates betreffend die Kriminalitätsbekämpfung angemessen Rechnung tragen.

### **Personelle Verstärkung geplant**

Personell wird die Abteilung gleich zu Beginn des Jahres 2020 erfreulicherweise ergänzt. Während die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte sowie die Assistentinnen und Assistenten verstärkt werden konnten, ist das Team der Untersuchungsbeamten weiter knapp bemessen. Ihre Kerntätigkeit – die im Auftrag einer Staatsanwältin oder Staatsanwalts durchgeführte Untersuchung von Vorverfahren – wird durch den Anstieg an intensiven Einvernahmen aufwändiger.

Zusätzlich führen die Untersuchungsbeamtinnen und Untersuchungsbeamten unter der Verfahrensleitung des Bundesamts für Justiz die Auslieferungsverfahren von in Basel-Stadt festgenommenen und von einem ausländischen Staat gesuchten Personen durch. Deshalb können Aufträge der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte in «Nicht-Haftfällen» des Öfteren nicht mehr in der dem Beschleunigungsgebot entsprechenden Zeit bewältigt werden. Aus diesem Grund werden laufend Möglichkeiten geprüft, um Kapazitätsengpässe so kurz wie möglich zu halten.



Die Sicht durch das Spalentor auf die Spalenvorstadt.

## Abteilung Wirtschaftsdelikte

**Die Fallzahlen der Abteilung Wirtschaftsdelikte stagnierten 2019 auf ausserordentlich hohem Niveau. Das Hauptaugenmerk lag in der Bewältigung der neuen Fälle unter gleichzeitiger Reduktion des Pendenzenberges.**

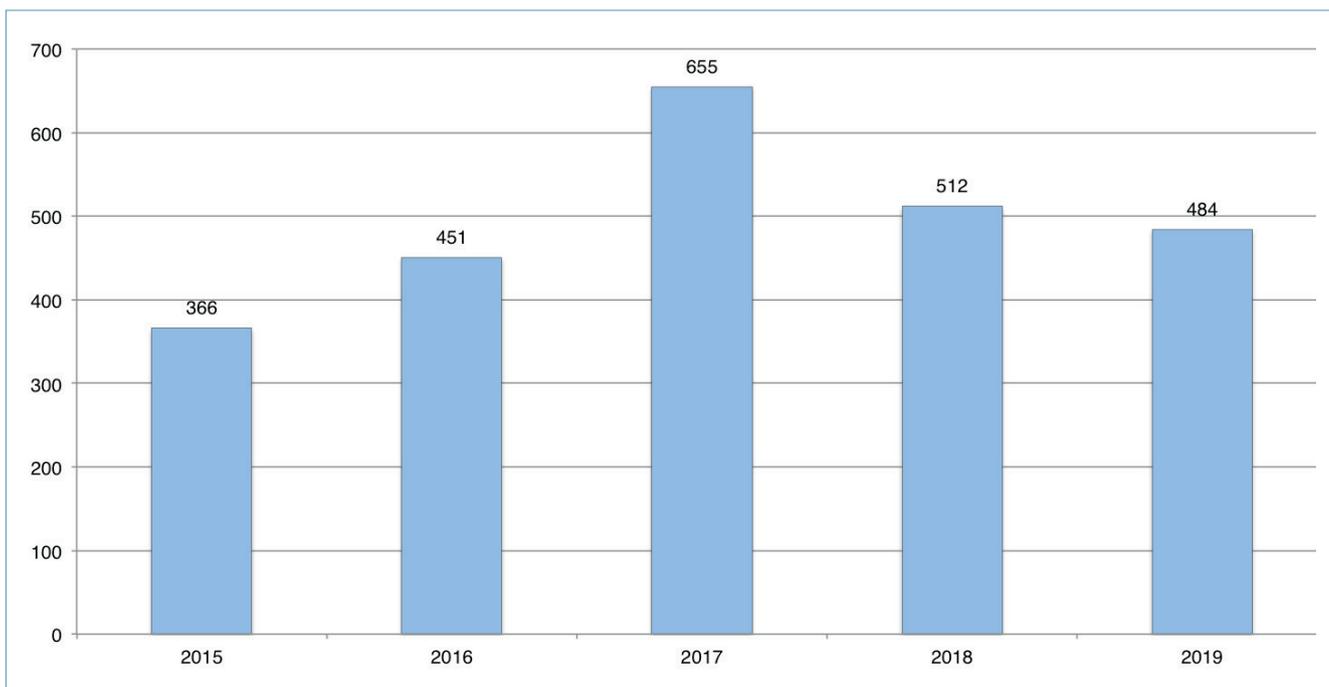
Das Berichtsjahr 2019 war geprägt von einer Stagnation der Fallzahlen auf ausserordentlich hohem Niveau: Wurden im Jahr 2018 512 neue Strafverfahren eröffnet, reduzierte sich diese Zahl im Jahr 2019 nur geringfügig auf 484. Der bereits in den Vorjahren festgestellte Trend einer permanent hohen Falleingangszahl an Wirtschaftsstrafverfahren verfestigte sich also auch im Berichtsjahr weiter. Erneut schlug die hohe Anzahl von Verfahren im Bereich der Sozialstraffälle sowie der Schuldbetreibungs- und Konkursfälle zu Buche, genauso wie

die von der Fachgruppe 7 der Kriminalpolizei zur Erledigung übernommenen, zusätzlich zeit- und kapazitätsraubenden Fälle. Hinzu kommt die Eröffnung einer Vielzahl von Verfahren im Zuge von seit 2016 laufenden Ermittlungen und Untersuchungen gegen rund ein Dutzend hauptinvolvierter Beschuldiger, welche den Rahmen der üblichen Verfahrensgrosse bei Weitem sprengen und sich entsprechend zeit- und personalintensiv gestalten.

### 49 internationale Rechtshilfeersuchen

Das Hauptaugenmerk lag auch 2019 in der Bewältigung der neu eröffneten bzw. zu eröffnenden Fälle unter gleichzeitiger Reduktion des Pendenzenberges: Insbesondere dank des gezielten Einsatzes von befristet angestellten akademischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und von Volontärinnen

### Fallzahlen Wirtschaftsdelikte/Eingänge



sowie infolge des Abschlusses eines grossen Wirtschaftsstrafverfahrens mit Dutzenden von Mittätern konnten noch nie so viele Verfahren abgeschlossen werden wie im Berichtsjahr. Dazu kamen 2019 die Ermittlungen und Untersuchungen der internationalen Rechtshilfeersuchen (49 Fälle im Vergleich zu 50 Fällen im Jahr 2018), die sich aufgrund zahlreicher operativer Tätigkeiten (neben Beschlagnahmen und Hausdurchsuchungen auch erstmals Einvernahmen mittels Videokonferenzen mit ausländischen Behörden) als sehr zeit- und personalaufwändig erwiesen.

Die Vorbereitung für Verhandlungen des Straf- und Appellationsgerichts sowie die Anwesenheit an den Verhandlungen beanspruchte die Juristinnen und Juristen der Abteilung erneut in wesentlichem Masse. Neben dem Bemühen, die wenigen praxisnahen Weiterbildungsmöglichkeiten auf dem Gebiet des Wirtschaftsstrafrechts zu besuchen, sind einige der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte der Abteilung nach wie vor nach Möglichkeit als Fachreferentinnen und Fachreferenten tätig.

«Erneut schlug die hohe Anzahl von Verfahren im Bereich der Sozialstraffälle sowie der Schuldbeitreibungs- und Konkursfälle zu Buche.»

### **Personalaufstockung beantragt**

Im März 2019 legte die Abteilungsleitung die «Dotationsanalyse der Abteilung Wirtschaftsdelikte» vor, in welcher aufgrund vergleichender Studien mit fünf Kantonen und der Analyse des hiesigen IST-Zustandes die unmittelbare Aufstockung des kriminalistischen Personals um drei Stellen beantragt wird. Die Abteilung Wirtschaftsdelikte erfährt somit erstmals seit langer Zeit eine Erhöhung der Zahl von Kriminalistinnen und Kriminalisten für das Jahr 2020.

Diese Personalaufstockung wird indes nicht zu einer zeitnahen Abnahme des Pendenzenberges von Fällen führen: Vielmehr müssen die Stellen schnellstmöglich besetzt und die neuen Kriminalistinnen und Kriminalisten rasch in den Arbeitsalltag integriert sowie in wirtschaftsstrafrechtlichen Fragestellungen intern ausgebildet werden. Dieser Mehraufwand für einen wesentlichen Teil des bisherigen Personals der Abteilung kann kurzfristig zu einer Verlangsamung im Verfahrensabbau führen.

## Strafbefehlsabteilung

**Im Jahr 2019 wurden 23'656 Strafbefehle erlassen und 4 Anklagen erhoben. Bei den Verfahrensleitungen waren stets rund 3'000 Verfahren hängig.**

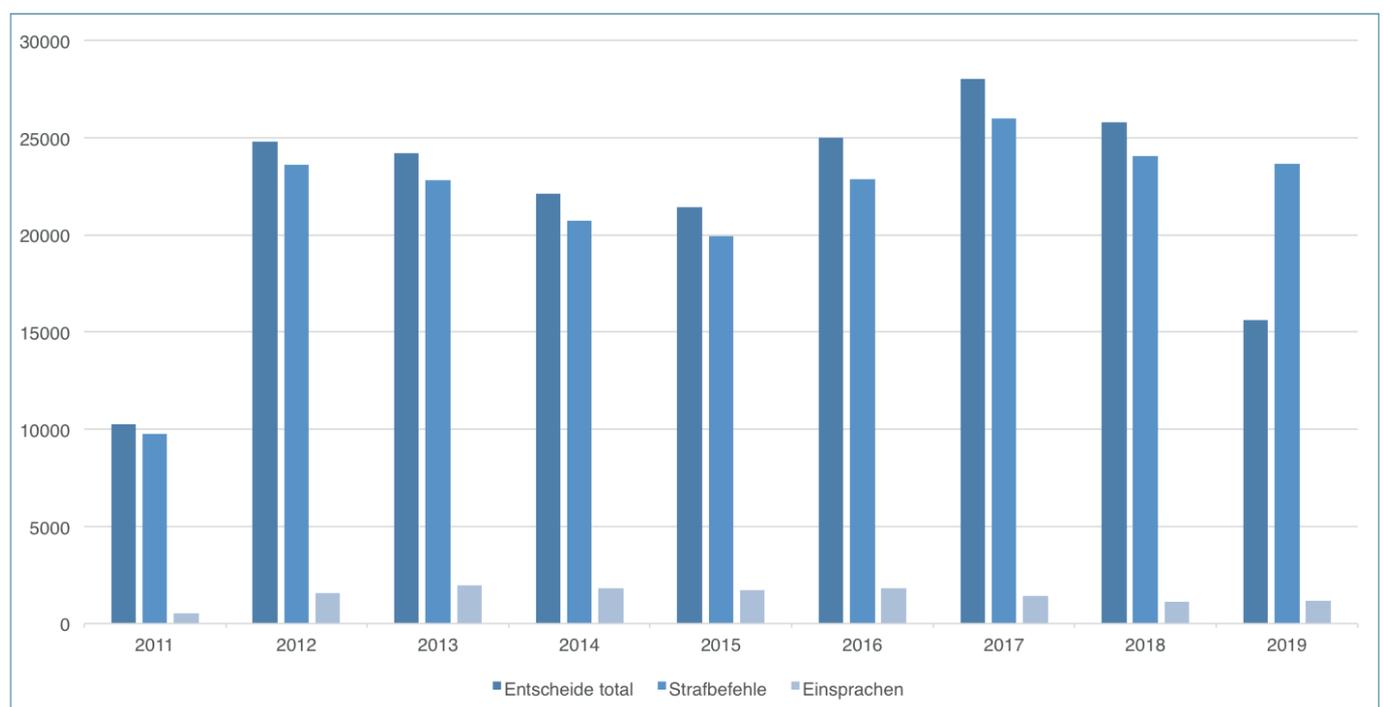
Die Berichtsperiode war gekennzeichnet durch eine permanent hohe Fallbelastung bei den Verfahrensleitenden: So waren bei den Staatsanwältinnen und Staatsanwälten, die zusammen 400 Stellenprozente besetzen, stets rund 3'000 Verfahren hängig. Die Belastung konnte aufgrund der mehrmonatigen Abwesenheit einer erfahrenen Staatsanwältin durch zusätzlich befristet angestelltes juristisches Personal nicht reduziert werden. Wie schon im Vorjahr kam es auch 2019 erfreulicherweise zu keinerlei personellen Veränderungen unter den fest ange-

stellten Mitarbeitenden der Strafbefehlsabteilung, so dass alle Stellen mit erfahrenen Fachkräften besetzt waren. Dementsprechend veränderte sich die Anzahl der Erledigungen kaum und verblieb auf einem konstant hohen Niveau.

### Einsprachen gegen 1'193 Strafbefehle

In statistischer Hinsicht wurden 23'656 (2018: 24'052) Strafbefehle erlassen und 4 (2018: 4) Anklagen erhoben. Von den Strafbefehlen wurden 411 (2018: 356) Personen ausgehändigt, während sie sich noch im Freiheitsentzug befanden. Ausserdem wurden 1'122 (2018: 1'125) Einstellungs- bzw. Nichtanhandnahmeverfügungen erlassen. Gegen 1'193 (2018: 1'103) Strafbefehle ging eine Einsprache ein. Die Einsprachequote von 5,0 Prozent er-

### Jahresstatistik Strafbefehlsabteilung



«So waren bei den Staatsanwältinnen und Staatsanwälten, die zusammen 400 Stellenprozente besetzen, stets rund 3'000 Verfahren hängig.»

höhte sich somit gegenüber dem Vorjahr (2018: 4,5%) lediglich geringfügig.

Im Jahr 2019 wurden nach erhobener Einsprache und allfälligen zusätzlich durchgeführten Abklärungen 657 (2018: 663) Verfahren zur weiteren Beurteilung ans Strafgericht überwiesen, wobei das erstinstanzliche Gericht in rund 41 Prozent (2018: 40%) der Fälle lediglich über die Gültigkeit der zu meist verspätet eingereichten Einsprache befinden musste. 547 (2018: 531) der Einspracheverfahren wurden in der Strafbefehlsabteilung nach ergänzender Beurteilung und allenfalls zusätzlich erfolgter Beweisabnahme abgeschlossen.



Die Mittlere Rheinbrücke.

## Jugendanwaltschaft

**Im Verlauf des Jahres 2019 wurden 104 Jugendliche im Rahmen eines Strafverfahrens festgenommen. Der Nettoaufwand für Untersuchungshaft ausserhalb des Untersuchungsgefängnisses, für Beobachtungsaufenthalte in Institutionen und für den Straf- und Schutzmassnahmevollzug lag 21,5 Prozent unter dem Vorjahr.**

Insgesamt wurde im Berichtsjahr in 5 (2018: 2) Fällen Einsprache gegen den Strafbefehl erhoben; davon wurden 4 zur Beurteilung an das Jugendgericht überwiesen. Die Jugendanwältinnen und Jugendanwälte führten mit 180 (2018: 167) Kindern und Jugendlichen einzelrichterliche Verhandlungen durch. Unerledigt waren per 31. Dezember 2019 insgesamt 329 (2018: 263) Verfahren. Der Sozialbereich führte 62 (2018: 75) Abklärungen zur Person durch.

Im Verlauf des Jahres 2019 wurden 104 (2018: 108) Jugendliche im Rahmen eines Strafverfahrens festgenommen. Aus dem Kanton Basel-Stadt stammten 62 (2018: 61); davon hielten sich 37 Jugendliche hier als Asylbewerber auf. 12 (2018: 10) Jugendliche kamen aus anderen Kantonen; 30 (2018: 37) hatten keinen Wohnsitz in der Schweiz. 16,5 Prozent der Festgenommenen waren weibliche Jugendliche.

### Weniger Jugendliche in Untersuchungshaft

Bei 11 (2018: 18) Jugendlichen wurde Untersuchungshaft angeordnet, davon waren 7 Jugendliche im Kanton Basel-Stadt wohnhaft. Bei 4 (2018: 6) Jugendlichen wurde die Haft durch das Zwangsmassnahmengericht nach Ablauf von 7 Tagen verlängert. Bei weiteren 2 in Basel-Stadt wohnhaften

Jugendlichen wurde eine stationäre Beobachtung angeordnet.

Die Opferbefragungsgruppe befragte im Verlaufe des Jahres 2019 127 (2018: 59) mögliche Opfer und Auskunftspersonen. Davon waren es in Strafverfahren wegen sexueller Belästigung/Exhibitionismus 20 (2018: 12), wegen sexueller Handlung mit Kind 12 (2018: 12), wegen Vergewaltigung/sexueller Nötigung 10 (2018: 8), wegen innerfamiliären Gewaltdelikten 14 (2018: 5) und wegen Diversem (soziale Netzwerke) 11 (2018: 2). Hinzu kamen 37 (2018: 10) Befragungen, in denen sich ein Verdacht nicht bestätigte. Insgesamt wurden 39 (2018: 23) Einvernahmen mit Videoaufzeichnung durchgeführt. Total wurden 112 (2018: 41) Aufträge von der Staatsanwaltschaft, 1 (2018: 1) von Gerichten und/oder Drittstellen sowie 14 (2018: 17) von der Jugendanwaltschaft erledigt.

### 13 Personen im stationären Massnahmenvollzug

Im stationären Massnahmenvollzug befanden sich Ende 2019 13 (2018: 13) Personen; bei 1 (2018: 3) dieser Personen ist die Unterbringung sistiert. Bei 19 (2018: 11) Personen sind ambulante Massnahmen und bei weiteren 25 (2018: 15) Personen Begleitungen hängig. Im Verlaufe des Jahres 2019 waren insgesamt 5 (2018: 8) Personen zur Verbüsung von Freiheitsentzügen in der Jugendabteilung des Untersuchungsgefängnisses untergebracht. Der Nettoaufwand für Untersuchungshaft ausserhalb des Untersuchungsgefängnisses, für Beobachtungsaufenthalte in Institutionen und für den Straf- und Schutzmassnahmevollzug betrug 1,57 Millionen Franken und lag damit 21,5 Prozent unter dem Vorjahr.

«Im Verlauf des Jahres 2019 wurden 104 (2018: 108) Jugendliche im Rahmen eines Strafverfahrens festgenommen.»

## Erledigungen

	2018	2019
Anklagen	14	6
Strafbefehle	395	435
Einstellungen, Nichtanhandnahmen, Abtretungen	422	395
Nachentscheide	11	7



Die Elisabethenanlage vis-à-vis dem Bahnhof SBB.

## Stab und Führungsunterstützung

### Personelles und Logistik

Die Leitung Personal erbringt Dienstleistungen zur Unterstützung der Führungsverantwortlichen der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt, aber auch zur Überwachung der Linie bei der Wahrnehmung dieser Verantwortung. Ihre Arbeit orientiert sich an festgelegten Qualitätsstandards. Die Aufgaben umfassen Beratung der Führungsverantwortlichen in allen personalrelevanten Fragestellungen, Personalplanung, Rekrutierung, Anstellung und Einführung, Personalbetreuung und Personalfreisetzung.

Die rückständigen Zeitguthaben (Ferien, Überzeit, Gleizeit, Dienstaltesgeschenk, Schichtbonus) konnten im Jahr 2019 auf 25'304 Stunden reduziert werden (2018: 25'125).

### Aus- und Weiterbildung

Im Jahr 2019 stand die Aus- und Weiterbildung der neuen Mitarbeitenden der Kriminalpolizei im Vordergrund. Neben diversen Neuerungen im elektronischen Bereich wurden speziell Fragen zur Cyberkriminalität, zum Menschenhandel sowie zur Gesundheit und Arbeitssicherheit behandelt. Die Mitarbeitenden besuchten 368 interne und externe Fach- und Kaderausbildungen unter anderem in den Bereichen Ermittlung, Führung und Fremdsprachen im In- und Ausland. An den monatlichen Weiterbildungsveranstaltungen nahm erneut eine grosse Anzahl von Mitarbeitenden teil. Schwerpunkt der Referate in den Ausbildungen bildeten Fälle aus der Praxis, Berichte und Vorgehensweisen bei besonderen Straffällen, aber auch die Vorstellung spezialisierter Ermittlungsdienste. Die Veranstaltungen wurden auch von Mitarbeitenden von Partnerorganisationen, von Gerichten, des Instituts

für Rechtsmedizin und der Staatsanwaltschaft Basel-Landschaft rege besucht.

### IT-Projekte und IT-Support

Die diversen Systemausfälle im Jahr 2019 stellten die Mitarbeitenden vor neue Herausforderungen. Aufgrund fehlender Ressourcen in den Jahren zuvor wurde für das Jahr 2019 das Aktualisieren der IT-Infrastruktur eingeplant. Nebst einer neuen Servermanagement-Version wurden sämtliche Netzwerk- und Serversysteme mit einer aktuellen Firmware aktualisiert.

Parallel zum Projekt JURIS5 wurden diverse grössere Projekte erfolgreich abgeschlossen. Dazu zählen unter anderem die Einführung einer automatisierten Benutzerverwaltung, die Multimedia-Datenbank SmartPolice, die elektronische Eingabe für Anwälte, der Aufbau der EasyLearn-Plattform für die Staatsanwaltschaft und der Ausbau der bestehenden Videobefragung. Ausserdem konnten die IT-Fachleute die im Kanton als Standard gesetzte Mail-Verschlüsselung secEMAIL bei der Staatsanwaltschaft allen Mitarbeitenden zur Verfügung stellen. Die im Jahr 2018 angekündigten iPhone-Apps für die Kriminalistinnen und Kriminalisten wie SmartPolice, Routenbuch, eAvanti und weitere konnten im Verlauf des Jahres erfolgreich eingeführt werden.

### IT-Ermittlung

Erstmals wurden die IT-Fachleute der Staatsanwaltschaft notfallmässig zu einem Grossunternehmen gerufen, bei welchem sich eine Malware in das Computersystem eingeschlichen hatte und die Geschäftstätigkeit völlig lahmlegte.

Die Übernahme der Mobiltelefonauslesung hat sich bewährt. Im Verlauf des Jahres führte das IT-Team die Ermittlerinnen und Ermittler in die Thematik ein. Weitere Schulungen sind nötig, um in diesem Bereich sattelfester zu werden, da es sich um ein separates Fachgebiet der Forensik handelt. Im Weiteren übernahm das Team der IT-Ermittlung für die gesamte Staatsanwaltschaft auch den Single Point of Contact (SPOC) zum Bundesamt für Polizei (fed-pol) in Sachen Mobiltelefone.

In Zusammenarbeit mit der Abteilung für Wirtschaftsdelikte beschäftigte sich die IT-Ermittlung

erstmals mit der Beschlagnahme von Kryptowährungen und rüstete ihren Dienst mit entsprechenden Hardware-Wallets aus. In diesem Zusammenhang werden Ausbildungen angeboten.

Alle Mitarbeitenden haben im Spätherbst einen Folgekurs in der Open-Source-Forensik absolviert. Mit Open-Source-Software können oftmals Probleme gelöst werden, bei welchen der Einsatz von kommerziellen Produkten mit Schwierigkeiten verbunden ist. Im Jahr 2019 erfolgte in einem Verfahren eine grosse Auswertung. Auf den verschiedenen Datenträgern des Beschuldigten konnten über 3,4

### IT-Ermittlungen

Jahr	Anzahl Auswertungen	Datenmenge in Terabyte (TB)
2015	80 (davon 9 Navi-Geräte)	78,85 (Ø pro Fall = 0,985 TB)
2016	100 (davon 9 Navi-Geräte)	167,37 (Ø pro Fall = 1,83 TB)
2017	86 (davon 12 Navi-Geräte)	76,98 (Ø pro Fall = 1,04 TB)
2018	59 (davon 8 Navi-Geräte)	85,56 (Ø pro Fall = 1,67 TB)
2019	84 (davon 6 Navi-Geräte)	81,0 (Ø pro Fall = 0,96 TB)

### Mobiltelefonauswertung

Jahr	Anzahl Auswertungen
2015	605
2016	600
2017	560
2018	467
2019	459

Millionen Bilddateien und mehr als 7'000 Videodateien sichergestellt werden. Die Kategorisierung des Bildmaterials beanspruchte mehr als 6 Monate.

**Projekt «Geschäftskontrolle STAWA»**

Auch dieses Jahr konnten einige Releases eingeführt und Kundenanpassungen umgesetzt werden. Infolge Ressourcenmangels bei der Anbieterfirma kam das Projekt langsamer voran, sodass der geplante Projektabschluss per Ende November 2019 auf das Jahr 2020 verschoben werden musste.

Das Weiterreichen von Verfahrensdaten an die Gerichte und an den Straf- und Massnahmenvollzug ist bereits in Umsetzung. Damit kann die im Programm «Harmonisierung der Informatik in der Strafjustiz» (HIS) geforderte durchgängige elektronische Verarbeitung von Daten in der Strafbefehlskette umgesetzt werden.

**Dienststellenbuchhaltung und Kasse**

Die Dienststellenbuchhaltung führt das Rechnungswesen der Staatsanwaltschaft. Sie verbucht sämtliche für die Dienststelle relevanten Belege, überwacht, verbucht, und verwaltet Kautionen, beschlagnahmte Gelder und Kostendepots. Ausserdem erstellt und überwacht sie das jährliche

Budget, die tertialen Hochrechnungen sowie den Jahresabschluss. Die Dienststellenbuchhaltung kontrolliert Verfahrensakten auf Kosten und Gebühren vor Überweisung an das Strafgericht und beim Erlass von Strafbefehlen und kostenpflichtigen Einstellungen.

**Medienstelle und Öffentlichkeitsarbeit**

Medienangebote verlagern sich je länger je mehr in den Videobereich. So nutzen Zeitungsverlage nicht nur regelmässig die Möglichkeit, ihre Berichte der Leserschaft auch im Onlinebereich zugänglich zu machen, sondern zusätzlich auch ihre Reporter als Videoberichterstatter vor Ort einzusetzen. Sie werden somit zu Konkurrenten der Fernsehanstalten, welche an feste Sendezeiten gebunden sind. Deutlich zugenommen haben Medienberichte, die sich auf Beiträge in den Social Media sowie auf Leserreporter stützen.

Die Geschwindigkeit der verbreiteten Informationen ist beachtlich. Damit einhergehend leidet, alleine schon aufgrund der Tatsache, dass nicht alle Informationen vorhanden sind, oftmals die Qualität der Berichterstattung. Medien, welche differenziert und ausgewogen berichten, sind in der Minderzahl. Die Boulevardisierung der Medienlandschaft nimmt

**Informationen an die Medien**

	2015	2016	2017	2018	2019
<b>Anzahl Medienmitteilungen</b>	190	216	168	186	164
<b>Anzahl Medieninterviews</b>	107	71	106	120	89

«Die Boulevardisierung der Medienlandschaft nimmt zu, damit verbunden eine auf die Personen gerichtete Berichterstattung.»

zu, damit verbunden eine auf die Personen gerichtete Berichterstattung. Spektakuläre Fälle, wie die Tötung eines Kindes durch eine Rentnerin, lösen europaweit ein grosses Medieninteresse aus. Besonders in solch spektakulären Fällen ist eine enge Zusammenarbeit mit allen involvierten Behörden notwendig, damit Fehlinformationen vermieden und Gerüchte raschmöglichst richtiggestellt werden können.

Auffällig ist eine allgemeine Zunahme von Medienanfragen zu Recherchethemen, die sehr zeitaufwändig sind und umfangreiche Abklärungen erfordern.



«Helvetia auf der Reise» der Bildhauerin Bettina Eichin.

**Betriebsergebnis Staatsanwaltschaft vor Abschreibung Verwaltungsvermögen**

in 1'000 CHF	Rechnung 2019	Budget 2019	Rechnung 2018
Personalaufwand	-38'840,6	-38'867,0	-37'529,7
Sach- und Betriebsaufwand inkl. Abschreibungen Kleininvestitionen	-22'249,0	-21'130,6	-21'773,3
Transferaufwand (Vollzug jugendstrafrechtlicher Schutzmassnahmen)	-1'676,8	-2'600,0	-2'121,0
<b>Betriebsaufwand</b>	<b>-62'766,4</b>	<b>-62'597,6</b>	<b>-61'424,0</b>
Entgelte	21'916,7	20'467,0	20'196,4
Transferertrag <sup>1</sup>	878,9	895,0	914,1
<b>Betriebsertrag</b>	<b>22'795,6</b>	<b>21'362,0</b>	<b>21'110,5</b>
<b>Betriebsergebnis vor Abschreibung Verwaltungsvermögen</b>	<b>-39'970,8</b>	<b>-41'235,6</b>	<b>-40'313,5</b>

<sup>1</sup> Beitrag des Bundes (Nachrichtendienst CHF 775'000, Sicherheitskosten Asylempfangs- und -verfahrenszentrum CHF 103'900)

**Einzelposten Staatsanwaltschaft**

in 1'000 CHF	Rechnung 2019	Budget 2019	Rechnung 2018
Übrige Dienstleistungen (Verfahrenskosten: Gutachten, Spurenuntersuchung, Dolmetscherkosten etc.)	-2'664,8	-3'250,0	-3'214,3
Rechtshilfe/Offizialverteidigung	-915,8	-700,0	-751,7
Strafvollzugskosten	-4'055,4	-4'700,0	-4'626,2
Debitorenverluste	-5'151,7	-3'500,0	-5'666,1
Umwandlung Bussen/Kostenerlasse	-4'070,6	-3'100,0	-2'280,3
Transferaufwand	-1'676,8	-2'600,0	-2'121,0
Entgelte aus Bussen, Geldstrafen, Verfahrensgebühren etc.	19'561,6	17'750,0	17'559,1
<b>Total Einzelposten</b>	<b>1'026,5</b>	<b>-100,0</b>	<b>-1'100,5</b>

## Allgemeine Statistiken

### Verfahrenserledigungen Erwachsenenbereich

	2015	2016	2017	2018	2019
<b>Anklagen</b> (angeklagte Personen)	325	365	379	400	340
<b>Anklageschriften</b>	-	-	240	277	258
<b>Strafbefehle</b>	21'910	24'350	27'665	26'352	25'821
<b>Einstellungen, Nichtanhandnahmen, Sistierungen</b>	3'070	3'420	4'655	4'432	4'583



«Knabe mit Schwan» am Aeschengraben.

## Straftaten Basel-Stadt gemäss Strafgesetzbuch: Aufklärung und Vorjahresvergleich

	2018		2019	
	Straftaten	Aufklärung	Straftaten	Aufklärung
<b>Gesamttotal Strafgesetzbuch</b>	<b>20'617</b>	<b>37,9%</b>	<b>21'234</b>	<b>40,7%</b>
<b>Total gegen Leib und Leben</b>	<b>1'396</b>	<b>80,5%</b>	<b>1'383</b>	<b>78,5%</b>
Vollendete Tötungsdelikte (Art. 111–113/116)	1	100,0%	1	100,0%
Versuchte Tötungsdelikte (Art. 111–113/116)	9	100,0%	8	87,5%
Schwere Körperverletzung (Art. 122)	23	47,8%	36	91,7%
Einfache Körperverletzung (Art. 123)	362	74,6%	342	65,8%
<b>Total gegen das Vermögen</b>	<b>14'542</b>	<b>26,3%</b>	<b>14'849</b>	<b>28,5%</b>
Diebstahl ohne Fahrzeuge (Art. 139)	6'495	30,3%	6'906	31,5%
- davon Einbruchdiebstahl	1'024	20,6%	955	17,9%
- davon Entreisssdiebstahl	24	29,2%	18	22,2%
Fahrzeugdiebstahl (Art. 139)	2'939	2,4%	2'989	3,7%
Raub (Art. 140)	88	43,2%	88	43,2%
Sachbeschädigung ohne Diebstahl (Art. 144)	1'740	23,6%	1'426	26,3%
Betrug (Art. 146)	1'108	60,8%	1'263	64,1%
Erpressung (Art. 156)	57	26,3%	54	20,4%
Konkurs, Betreibungsdelikte (Art. 163–171)	52	100,0%	33	100,0%
<b>Total gegen Ehre, Geheim, Privatbereich</b>	<b>736</b>	<b>74,3%</b>	<b>697</b>	<b>78,5%</b>
Üble Nachrede + Verleumdung (Art. 173 + 174)	162	62,3%	141	75,2%
<b>Total gegen die Freiheit</b>	<b>2'449</b>	<b>47,2%</b>	<b>2'486</b>	<b>51,3%</b>
Drohung (Art. 180)	540	86,9%	562	85,6%
Nötigung (Art. 181)	91	71,4%	96	82,3%
Menschenhandel (Art. 182)	18	33,3%	17	35,3%
Freiheitsberaubung (Art. 183)	16	87,5%	17	70,6%
Hausfriedensbruch ohne Diebstahl (Art. 186)	211	76,3%	233	86,7%
<b>Total gegen die sexuelle Integrität</b>	<b>277</b>	<b>61,0%</b>	<b>292</b>	<b>63,0%</b>
Sexuelle Handlungen Kind (Art. 187)	35	77,1%	35	80,0%
Vergewaltigung (Art. 190)	30	73,3%	30	63,3%
Exhibitionismus (Art. 194)	14	64,3%	13	69,2%
Pornografie (Art. 197)	44	47,7%	96	52,1%
<b>Total gemeingefährliche Verbrechen, Vergehen</b>	<b>68</b>	<b>54,4%</b>	<b>8</b>	<b>37,5%</b>
Brandstiftung (Art. 221)	28	25,0%	1	100,0%
<b>Total gegen die öffentliche Gewalt</b>	<b>509</b>	<b>91,4%</b>	<b>496</b>	<b>93,3%</b>
Gewalt und Drohung gegen Beamte (Art. 285)	313	94,6%	273	94,9%
<b>Total gegen die Rechtspflege</b>	<b>153</b>	<b>92,2%</b>	<b>123</b>	<b>91,9%</b>
Geldwäscherei (Art. 305 <sup>bis</sup> )	62	90,3%	47	89,4%
Übrige Straftaten gegen das StGB	487	71,0%	900	80,9%

Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik, PKS

Redaktion und Gestaltung: chtanova communications, Basel

Fotos: Kriminaltechnische Abteilung der Staatsanwaltschaft / Staatskanzlei Basel-Stadt / Wikimedia Commons

Druck: Druckerei Thoma, Basel

Auflage: 100 Exemplare

Aus ökologischen und Kostengründen erscheint der Jahresbericht vorwiegend in elektronischer Form.

April 2020

Staatsanwaltschaft des Kantons Basel-Stadt

Binningerstrasse 21

4051 Basel

Tel. +41 (0)61 267 71 71

[www.stawa.bs.ch](http://www.stawa.bs.ch)